

Verwaltungsrat des Stadtbetriebs Bornheim -AöR-

11.04.2013

**öffentlich**

Vorlage Nr. 119/2013-SBB

Stand 26.02.2013

**Betreff Anfrage der VRM Kuhl, Wirtz, Montenarh, Keils, Söllheim, Dr. Kuhn, Schmitz vom 30.01.2013 betr. Kläranlage in Bornheim**

**Sachverhalt**

Zunächst ist festzuhalten, dass die vorhandene Abwasser-Infrastruktur für die Beseitigung des anfallenden Schmutzwassers auch aus den ausgewiesenen und möglichen Neubaugebieten ausreicht.

Der von den Fragestellern dargestellte Sachverhalt bezieht sich auf die Ableitung des Oberflächenwassers. Dies kann, insbesondere bei Starkregenereignissen, über die vorhandene Kanalisation nicht überall in vollem Umfang abgeleitet werden, so dass das Oberflächenwasser in den jeweiligen Gebieten entweder direkt versickert werden sollte oder durch entsprechende Rückhaltungen eine kontrollierte Ableitung gewährleistet wird.

Zu den Fragen im Einzelnen:

***Wie soll sichergestellt werden, dass die angedachte städtebauliche Entwicklung der Stadt nicht an der nicht vorhandenen Abwasserinfrastruktur scheitert?***

Das Stadtgebiet Bornheim ist entwässerungstechnisch in drei Teileinzugsgebiete aufgeteilt.

Die Ortschaften Sechtem, Walberberg, Merten und Rösberg gehören dem Einzugsgebiet der Kläranlage Sechtem an. Bereits im Jahr 2001 wurde ein Generalentwässerungsplan (GEP) für dieses Einzugsgebiet aufgestellt, welcher derzeit, unter Berücksichtigung erhöhter Anforderung an die Stadtentwässerung, überarbeitet wird. Diese Überarbeitung wird voraussichtlich Mitte 2013 fertiggestellt.

Die Ortschaften Hersel, Uedorf, Widdig und der Gewerbepark Roisdorf gehören dem Einzugsgebiet der Kläranlage Hersel an. Hierzu wurde im Jahr 2006 ein GEP aufgestellt. Eine noch durchzuführende Überflutungsüberprüfung, welche bereits für das Einzugsgebiet der KA Bornheim beauftragt wurde, wird voraussichtlich in 2014 ebenfalls durchgeführt.

Die Ortschaften Bornheim, Roisdorf, Brenig, Dersdorf, Waldorf, Kardorf und Hemmerich gehören dem Einzugsgebiet der Kläranlage Bornheim an. Hierzu wurde im Jahr 2011 der GEP aufgestellt. Darüber hinaus prüft die Dr. Pecher AG aktuell die Überflutungssituation in diesem Einzugsgebiet bei sehr seltenen Regenereignissen (Wiederkehrzeit > 20 Jahre) Aus dieser Überflutungsüberprüfung, die voraussichtlich in 2013 fertiggestellt wird, werden sich ggf. weitere Optimierungsmaßnahmen zur Verbesserung der Überflutungssituation im Einzugsgebiet ergeben.

Mit der Erstellung der Generalentwässerungsplanungen für alle drei Teileinzugsgebiete liegen die Grundlagen für eine hydraulische Sanierung des städtischen Kanalnetzes vor. Im Rahmen aller GEP wurden Optimierungsmaßnahmen ausgearbeitet und Prioritäten festgelegt, die wiederum ins Abwasserbeseitigungskonzept (ABK) der Stadt Bornheim aufgenommen wurden. Seit 2001 wurden bereits etliche Optimierungsmaßnahmen umgesetzt, weitere hydraulische Optimierungsmaßnahmen sind ebenfalls im ABK aufgestellt bzw. bereits in Planung. Nach Umsetzung der entsprechenden Maßnahmen wird die hydraulische Leistungsfähigkeit des Kanalnetzes erheblich verbessert sein.

**Wie kann sichergestellt werden, dass Entwicklungen an der nicht ausreichend dimensionierten Vorflut scheitern?**

Im Rahmen der Bearbeitung des GEP für das Einzugsgebiet der Kläranlage Bornheim wurde festgestellt, dass der Vorflutkanal zum Bornheimer Bach hydraulisch nicht ausreichend für die komplette Ableitung der Oberflächenwässer ist.

Dieser Vorflutkanal zum Bornheimer Bach besteht aus zwei Strängen. Strang 1 beginnt in Waldorf im Kreuzungsbereich Blumenstraße / Katzentränke und endet nach ca. 4 km im Bornheimer Bach. Strang 2 (Mühlenbach) beginnt am Hochwasserrückhaltebecken Umbachweg in Brenig und mündet nach ca. 1,7 km vor dem Regenrückhaltebecken „Eisenbahndamm“ in Strang 1.

Der hydraulische Engpass im Vorflutkanal führt zu Rückstauerscheinungen ins städtische Kanalnetz mit der Folge, dass dort Überlastungen und Überstauereignisse auftreten. Vor diesem Hintergrund hat das Abwasserwerk der Stadt Bornheim die Dr. Pecher AG im Oktober 2011 mit der Bearbeitung einer Studie zur Verbesserung der Situation des Vorflutkanals beauftragt. Erste Ergebnisse der Studie wurden bereits im Dezember 2012 der Stadt Bornheim vorgestellt und besprochen. Aktuell werden die möglichen Optimierungsmaßnahmen weiter ausgearbeitet. Im Spätsommer 2013 wird die Studie voraussichtlich fertig gestellt sein, sodass dann die nötigen Maßnahmen zur Verbesserung der hydraulischen Situation des Vorflutkanals und damit auch der städtischen Kanalisation bekannt sein werden.

Bereits im aktuellen Wirtschaftsplan der Stadt Bornheim sind für die Machbarkeitsstudie sowie für notwendige Baumaßnahmen finanzielle Mittel in Höhe von rd. 1.200.000 € in den Jahren 2013 bis 2016 bereitgestellt.

**Wie ist der aktuelle Stand bzgl. der Neustrukturierung der Kläranlagen und wie sieht der Vorstand hier die Möglichkeit einer langfristigen Kostenreduzierung?**

**Sind mit dem Erftverband Verhandlungen hinsichtlich einer deutlichen Reduzierung der Umlage für den Betrieb der Kläranlagen geführt worden?**

**Ist alternativ die Möglichkeit eines Rückerwerbs der Kläranlagen (bzw. der Bau einer eigenen zentralen Kläranlage) durch das Abwasserwerk ausgelotet worden?**

Bezüglich des Fragenkomplexes zu den Kläranlagen ist für Mitte April ein Gespräch beim Erftverband vorgesehen, in welchem dem Vorstand der „Masterplan 2025“ des Erftverbandes erläutert wird, der zur Optimierung im Bereich des Erftverbandes bereits eine Reduzierung der Kläranlagen von insgesamt 25 auf letztendlich 20 vorsieht. Bei diesem Termin werden dann auch die weiteren von den Fragestellern angesprochenen Punkte erörtert.

Über die Inhalte und Ergebnisse wird der Vorstand in der Verwaltungsratssitzung am 11.06.2013 berichten. Sofern aus dem Gespräch erkennbar ist, dass es für Bornheim nicht zu Kostenoptimierungen kommen wird, schlägt der Vorstand wegen der Komplexität der Fragestellung vor, eine Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben, mit der Aufgabenstellung, die Standortoptimierung der einzelnen Kläranlagen aus technischer, wirtschaftlicher und rechtlicher Sicht darzustellen.

Die Standortoptimierung basiert auf Variantenuntersuchungen hinsichtlich dezentraler und zentraler Lösungen auch unter Berücksichtigung der wasserwirtschaftlichen Aspekte.

**Anlagen zum Sachverhalt**

Anfrage